

ANDREAS SPAHLINGER

Sekundäre
Insolvenzverfahren bei
grenzüberschreitenden
Insolvenzen

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

64

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

64

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Hein Kötz



Andreas Spahlinger

Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen

Eine vergleichende Untersuchung
zum deutschen, US-amerikanischen,
schweizerischen und europäischen Recht

Mohr Siebeck

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Spahlinger, Andreas:

Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen: eine vergleichende Untersuchung zum deutschen, US-amerikanischen, schweizerischen und europäischen Recht / Andreas Spahlinger.

– Tübingen : Mohr Siebeck, 1998

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht; Bd. 64)

ISBN 3-16-147037-0 978-3-16-158451-0 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1998 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0720-1141

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 1996/1997 von der Juristischen Fakultät der Eberhard-Karls Universität Tübingen als Dissertation angenommen. Die Arbeit hat im wesentlichen den Stand März 1996; Literatur und Rechtsprechung konnten danach zumindest teilweise noch bis Juni 1998 berücksichtigt werden.

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die mich bei der Bearbeitung des Themas unterstützt haben. Mein Dank gilt zunächst meinem verehrten Doktorvater Herrn Prof. Dr. Wernhard Möschel, von dem ich während meiner Lehrstuhlätigkeit viel gelernt habe und der mich zu dieser Arbeit ermutigt hat. Danken möchte ich außerdem Herrn Prof. Dr. Dietrich Rothoef, M.P.A. (Harvard) für die Erstellung des Zweitgutachtens sowie dem Bundesministerium für Justiz, dessen Mitarbeiter mich wiederholt über den Stand der Arbeiten am Europäischen Insolvenzübereinkommen informiert und mir die aktuellen Entwürfe und Texte zur Verfügung gestellt haben.

Besonderen Dank schulde ich dem „Arbeitskreis Wirtschaft und Recht“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der die Erstellung der Arbeit durch ein großzügiges Promotionsstipendium unterstützt hat.

Der Reinhold-und-Maria-Teufel-Stiftung danke ich für die Verleihung ihres Förderpreises.

Dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht und seinen Direktoren gilt schließlich mein Dank für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Stuttgart, im Juni 1998

Andreas Spahlinger

Inhaltsübersicht

Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	15
Abkürzungsverzeichnis	31
Einleitung	39
I. Gegenstand der Untersuchung	39
II. Beschränkung der Untersuchung	40
III. Aufbau und Gliederung der Arbeit	40
Erstes Kapitel	
Einführung und Grundlagen: Die Verwirklichung des Universalitätsprinzips im Internationalen Insolvenzrecht	41
A. Grenzüberschreitende Insolvenzen: Begriffsbestimmungen Regelungsbedürfnis und Regelungsort	41
I. Tatsächlicher und ökonomischer Ausgangspunkt: die zunehmende Zahl und Bedeutung grenzüberschreitender Insolvenzen	41
1. Die Begriffe grenzüberschreitende, internationale und trans- nationale Insolvenz	41
2. Ökonomischer Hintergrund	42
II. Grundlegende Anforderungen an das (Insolvenz-) Recht	44
III. Sedes materiae: das Internationale Insolvenzrecht	44
1. Autonome nationale und internationale Regelungsmöglichkeiten	44
2. Begriff des Insolvenzverfahrens im Internationalen Insolvenzrecht	45
B. Das Universalitätsprinzip als Ziel einer zeitgemäßen Regelung grenzüberschreitender Insolvenzfälle	47
I. Die grundlegende Fragestellung nach der Reichweite nationaler Insol- venzverfahren - Territorialitätsprinzip und Universalitätsprinzip	47
1. Die Grundkonzeption der Territorialität (Territorialitätsprinzip)	48
2. Die Grundkonzeption der Universalität (Universalitätsprinzip)	50
II. Territorialität oder Universalität als anzustrebendes Ziel?	51
1. Allgemeine Ablehnung der Territorialität	51
2. Begründung der Universalität aus Sinn und Zweck der Insolvenzverfahren	51
C. Die Problematik der Umsetzung des Universalitätsprinzips	54
I. Erforderliche rechtliche Elemente einer Umsetzung	55
1. Kollisionsrecht und materielles Sachrecht	55

2.	Verfahrensrechtliche Anerkennung	56
3.	Die internationale Zuständigkeit	58
4.	Rechtsfolgen der Anerkennung	58
5.	Zusammenfassende Aufzählung der erforderlichen Elemente	60
II.	Autonome nationale oder internationale Umsetzung?	61
1.	Autonome nationale Regelungsmöglichkeiten	61
2.	Vorteile und Schwierigkeiten einer internationalen Regelung	63
3.	Erforderlichkeit autonomer nationaler Regelungen	65
III.	Die Gestaltungsalternativen: Einheitsprinzip und sekundäre Insolvenzverfahren	67
1.	Universalität und Einheitsprinzip	67
2.	Umsetzungsalternative sekundäre Insolvenzverfahren	68
3.	Die internationale Tendenz zu kontrollierter Universalität und sekundären Insolvenzverfahren	71
IV.	Zusammenfassung	73
Zweites Kapitel		
Die Umsetzung des Universalitätsprinzips im autonomen deutschen Internationalen Insolvenzrecht		
		74
A.	Anwendungsbereich des autonomen deutschen Rechts und international-insolvenzrechtliche Staatsverträge	74
I.	Staatsverträge bundesweiter Geltung	74
II.	Regionale Abkommen mit Schweizer Kantonen	76
1.	Die Übereinkunft zwischen Schweizer Kantonen und Württemberg	77
2.	Die Übereinkunft zwischen Schweizer Kantonen und Bayern	79
III.	Ergebnis	80
B.	Die Gesetzeslage im autonomen deutschen Recht	80
1.	Die gegenwärtig gültige Gesetzeslage	80
2.	Die zukünftige Gesetzeslage: vorläufiger Abschluß der deutschen Reformdiskussion	82
C.	Die Umsetzung des Universalitätsprinzips	83
I.	Der Universalitätsanspruch der deutschen Insolvenzverfahren	84
1.	Konkurs- und Vergleichsverfahren	84
2.	Verfahren der GesO und der InsO	86
3.	Der deutsche Universalitätsanspruch bei ausländischen Parallel-, Partikular- oder Sekundärinsolvenzverfahren	87
II.	Die internationale Zuständigkeit zur Eröffnung eines Universalverfahrens	89

III. Die grundsätzliche Bereitschaft, ausländische Insolvenzverfahren anzuerkennen	90
1. Die Annerkennungsbereitschaft unter der Geltung der KO und der VerglO	90
2. Die Anerkennungsbereitschaft unter der Geltung der GesO und des EGInsO	103
IV. Wirkungen der Anerkennung eines Auslandsverfahrens und die Position des deutschen Rechts in der Frage der Umsetzung nach dem Einheitsprinzip oder durch sekundäre Verfahren	104
1. Grundsätzliche Berufung der lex fori concursus	105
2. Die Abgrenzung und kollisionsrechtliche Einschränkung des Insolvenzstatuts als Grenze für die Reichweite des ausländischen Insolvenzrechts	107
3. Umsetzung des Universalitätsprinzips außerhalb des Insolvenzstatuts	116
4. Beschränkungen der ausländischen lex fori concursus durch vorrangige inländische Verfahren	120
5. Ergebnis	134
V. Annäherung an die internationale par condicio creditorum durch die Berücksichtigung der Ergebnisse aus parallelen Verfahren	135
1. Berücksichtigungsmöglichkeiten	137
2. Die Berücksichtigung einer im Ausland erfolgten Einzelvollstreckung in einem deutschen Insolvenzverfahren mit universellem Wirkungsanspruch	140
3. Die Berücksichtigung einer im Ausland erfolgten Einzelvollstreckung in inländischen Partikular- oder Sonderinsolvenzverfahren	143
4. Die Berücksichtigung ausländischer Insolvenzverfahren in inländischen Partikular- oder Sonderinsolvenzverfahren	143
5. Auf das ausländische Vermögen des Schuldners beschränkte Insolvenzverfahren und ihre Berücksichtigung in deutschen Universalverfahren	145
6. Die Berücksichtigung eines ausländischen Universalverfahrens im deutschen Universalverfahren	146
7. Die Position des deutschen Rechts gegenüber einer Berücksichtigung der Ergebnisse aus deutschen Verfahren in ausländischen Verfahren	147
VI. Regelungen zur Koordination und Kooperation von Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	148
D. Ergebnis	149
Drittes Kapitel	
Regelungsmodelle für einheitliche Insolvenzverfahren	151
A. Der Deutsch-österreichische Konkursvertrag	151
I. Die Grundsätze der extraterritorialen Wirkung (Universalität) und Einheit der Verfahren	152
II. Anwendungsbereich des Vertrags, Anerkennungsvoraussetzungen	152

III. Beschränkungen der extraterritorialen Wirkung, Einschränkungen bei der Bildung einer einheitlichen Masse	154
1. Zusätzliche Publizitätsakte der Verfahrenseröffnung und der daran anknüpfende Schutz des guten Glaubens	155
2. Kompetenz zur Anordnung von Zwangsmaßnahmen zur Erfassung, Sicherung und Inbesitznahme der Masse	156
3. Insolvenzzrechtliche Anfechtung	156
4. Einfluß der Verfahrenseröffnung auf schwebende Verträge	156
5. Einfluß der Insolvenz auf Arbeitsverhältnisse	157
6. Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf Miet- und Pachtverhältnisse	157
7. Anzuwendendes Recht bei Aus- und Absonderungsrechten und sonstigen besonderen Rechten	157
8. Maßgebliches Recht für die Frage, ob ein Vermögensgegenstand der Zwangsvollstreckung unterliegt und deshalb zur Insolvenzmasse gehören kann	157
9. Die Entscheidung über die Eigenschaft einer Forderung als Masse- oder Konkursforderung und über den Rang einer Forderung	158
IV. Auswirkungen des DöKV und DöKVAG auf grenzüberschreitende Insolvenzfälle, in denen Schuldnervermögen auch in Drittstaaten belegen ist	159
1. Die Anerkennung von Insolvenzverfahren, die in Drittstaaten eröffnet wurden	159
2. Die Besonderheit von § 1 DöKVAG: universeller Wirkungsanspruch für deutsche Partikular- und Sonderinsolvenzverfahren	159
V. Bewertung	160
B. Die gescheiterten Entwürfe für ein EWG-Konkursübereinkommen aus den Jahren 1970, 1980 und 1984	162
I. Die Arbeit an einem EWG-Konkursübereinkommen	162
II. Überblick über Gliederung und Umfang der Entwürfe von 1970, 1980 und 1984	164
III. Das Einheitsprinzip in den Entwürfen von 1970, 1980 und 1984	165
1. Die Grundsätze der Einheit und Universalität	165
2. Ausnahmen von der Einheit und Universalität	166
3. Ergebnis	178
IV. Gründe für das Scheitern	178
1. Das Ausgangsfaktum: die nationalen Rechtsunterschiede	178
2. Position der Entwürfe im Rahmen der grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten	179
3. Rücksicht auf die nationalen Rechtsunterschiede	180
4. Das Ergebnis: zu komplizierte Entwürfe	181
5. Weitere Gründe für das Scheitern	182

Viertes Kapitel	
Regelungsmodelle für Systeme mit sekundären Insolvenzverfahren	185
A. Hilfsverfahren in den USA nach § 304 Bankruptcy Code	186
I. Überblick über das Internationale Insolvenzrecht der USA	186
1. Amerikanische Insolvenzverfahren: Internationale Zuständigkeit/ jurisdiction und Reichweite	187
2. Inlandsfolgen ausländischer Insolvenzverfahren	187
3. Berücksichtigung der im Ausland erzielten Erlöse in amerikanischen Insolvenzverfahren	195
4. Charakterisierung des amerikanischen Internationalen Insolvenzrechts, Modellcharakter des amerikanischen Hilfsverfahrens	198
II. Die Ausgestaltung des Hilfsverfahrens	199
1. Das Verfahren	199
2. Die Entscheidung des Gerichts: mögliche Hilfsmaßnahmen und Entscheidungskriterien	205
3. Zusammenfassende Beurteilung: Das amerikanische Hilfsverfahren als Modell für ein flexibles System mit der Möglichkeit sekundärer Insolvenzverfahren	215
B. Schweizerisches Hilfsverfahren nach Art. 166 Abs. 1, 167 ff. IPRG	217
I. Überblick über das autonome schweizerische Internationale Insolvenzrecht	217
1. Gesetzeslage	217
2. Schweizerische Konkursverfahren nach dem SchKG	218
3. Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren	219
4. Anerkennungsverfahren	220
5. Anerkennungsvoraussetzungen	221
6. Wirkungen einer Anerkennung	222
7. Modellcharakter der Art. 166 ff. IPRG	226
II. Schweizerischer Hilfskonkurs im Anwendungsbereich der kantonalen Staatsverträge	226
III. Die besondere Ausgestaltung des Hilfskonkurses	227
1. Erste Phase: Befriedigung von Forderungen, die nach Art. 172 Abs. 1 IPRG bevorrechtigt sind	227
2. Zweite Phase: Verwendung eines etwaigen Überschusses	228
3. Regelungsdefizite	230
C. Sekundäre Insolvenzverfahren nach dem Istanbul-Abkommen des Europarates	230
I. Das Istanbul-Abkommen des Europarates im Überblick	230

1.	Regelungsumfang, dualistische Grundstruktur und Aufbau des Abkommens	232
2.	Anwendungsbereich des Abkommens	233
3.	Anerkennungsvoraussetzungen	235
4.	Die Anrechnungsregel des Art. 5	237
5.	Das Modell des Kapitel II	238
6.	Kapitel IV	241
7.	Modellcharakter des Abkommens	242
II.	Die Ausgestaltung der Sekundärinsolvenzverfahren	243
1.	Zulässigkeit der Sekundärinsolvenzverfahren	243
2.	Durchführung der Sekundärinsolvenzverfahren	245
3.	Regelungen für parallele Insolvenzverfahren, die keine Sekundärverfahren sind	247
D.	Sekundärinsolvenzverfahren im Übereinkommen über Insolvenzverfahren zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EuInsÜ)	247
I.	Das Übereinkommen im Überblick	247
1.	Ziele, Grundstruktur und Aufbau des Übereinkommens	248
2.	Anwendungsbereich	249
3.	Internationale Zuständigkeit	250
4.	Regelungen zum anwendbaren Recht	251
5.	Die Anerkennung und ihre Wirkungen nach Kapitel II	252
6.	Unterrichtung der Gläubiger und Anmeldung ihrer Forderungen	253
II.	Die Ausgestaltung der Sekundärinsolvenzverfahren	254
1.	Zulässigkeit der Sekundärinsolvenzverfahren	255
2.	Durchführung der Sekundärinsolvenzverfahren	256
3.	Gerichtliche Sicherungsmaßnahmen vor der Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens	259
III.	Bewertung des Entwurfs	260
E.	Sonderinsolvenzverfahren im deutschen Regierungsentwurf einer Insolvenzordnung (EInsO)	261
I.	Das Internationale Insolvenzrecht der §§ 379-399 EInsO im Überblick	261
1.	Vorarbeiten	261
2.	Gliederung und Regelungsbereiche des Entwurfs	262
3.	Allgemeine Bestimmungen (§§ 379-383 EInsO)	263
4.	Anerkennung und Wirkung ausländischer Insolvenzverfahren	264
II.	Die Ausgestaltung des Sonderinsolvenzverfahrens	265
1.	Parallele und isolierte Sonderinsolvenzverfahren	265
2.	Zulässigkeit des Sonderinsolvenzverfahrens	266
3.	Durchführung der Sonderinsolvenzverfahren	266

III. Bewertung des Entwurfs	268
-----------------------------	-----

Fünftes Kapitel

Einheitliche Insolvenzverfahren ein Ideal? Das Einheitsprinzip und sekundäre Insolvenzverfahren im Vergleich	270
---	-----

A. Realisierbarkeit des Einheitsprinzips	271
I. Einheitsprinzip aufgrund autonomer nationaler Regelung?	272
II. Das "idealtypische" Einheitsprinzip	272
1. Beschreibung	272
2. Vorteile	273
3. Realisierbarkeit	273
III. Das "eingeschränkte" Einheitsprinzip	276
1. Gestaltungsmöglichkeiten	277
2. Gestaltungsbedarf (erforderliche Einschränkungen)	277
3. Welche Vorteile des idealtypischen Einheitsprinzips verbleiben?	284
4. Ergebnis: Die Realisierbarkeit des eingeschränkten Einheitsprinzips	285
B. Vor- und Nachteile in einem System mit sekundären Insolvenzverfahren	286
I. Sekundäre Insolvenzverfahren aufgrund autonomer nationaler Regelung?	287
II. Nachteile in einem System mit sekundären Insolvenzverfahren	287
1. Notwendigkeit eines förmlichen Anerkennungsverfahrens?	288
2. Vervielfältigung der Kosten?	288
3. Beeinträchtigung der par condicio creditorum?	289
4. Auswirkungen auf Insolvenzverfahren, die keine Liquidation anstreben	290
5. Zwang der Gläubiger zur Teilnahme an mehreren Verfahren	290
6. Prädominanz öffentlich-rechtlicher Forderungen	291
7. Regelungen der Verfahrenskoordination und -kooperation	291
III. Vorteile in einem System mit sekundären Insolvenzverfahren	292
1. Der grundlegende Vorteil: Haftungsverwirklichung nach unterschiedlichen nationalen Regeln	292
2. Weitere Vorteile	294
IV. Zusammenfassende Wertung	296

Sechstes Kapitel

Die Gestaltung eines Systems mit sekundären Insolvenzverfahren: rechtsvergleichende Schlussfolgerungen und eigene Konzeption	299
---	-----

A. Grundentscheidungen	299
I. Entscheidung für ein Mischsystem mit Einheitsverfahren und	

sekundären Insolvenzverfahren (Kombinationsmodell)	300
1. Ersatzfunktion: Universalverfahren als Einheitsverfahren, wenn kein Sekundärinsolvenzverfahren beantragt wird	301
2. Eingeschränkte Zulässigkeit von sekundären Insolvenzverfahren nach objektiven Kriterien?	302
3. Ergebnis	304
II. Extraterritoriale Wirkungen und verfahrensrechtliche Voraussetzungen beim Kombinationsmodell	305
1. Besonderes Anerkennungsverfahren und unmittelbare Wirkungen des Universalinsolvenzverfahrens	306
2. Unmittelbare Wirkungen und Hilfsverfahren beim Einheitsverfahren	309
3. Unmittelbare Wirkungen und sekundäre Insolvenzverfahren	310
III. Passivmasse des sekundären Insolvenzverfahrens	314
1. Position der Regelungsmodelle	314
2. Stellungnahme	315
IV. Zusammenfassung: Grundstruktur des befürworteten Systems mit sekundären Insolvenzverfahren	319
B. Ausgestaltung der Grundstruktur	320
I. Zulässigkeit des Sekundärinsolvenzverfahrens	321
1. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen im Überblick	321
2. Regelung der internationalen Zuständigkeit und des Antragsrechts	321
II. Durchführung des Sekundärinsolvenzverfahrens	326
1. Die Koordination und Kooperation der laufenden Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	326
2. Beendigung der Verfahren ohne Liquidation	329
3. Gegenseitige Berücksichtigung der Verfahrensergebnisse in Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	335
III. Gerichtliche Sicherungsmaßnahmen vor der Eröffnung eines Haupt- bzw. Universalinsolvenzverfahrens	341
IV. Die Anbindung von isolierten Partikularinsolvenzverfahren	342
C. Ergebnis	344
I. Abschließende Kritik der Regelungsmodelle	344
II. Realisierbarkeit der vorgestellten Konzeption	346
1. Realisierung in einem europäischen Übereinkommen	346
2. Realisierung im autonomen nationalen Recht	347
3. Fazit und Ausblick - insbesondere aus deutscher Sicht	348
Literaturverzeichnis	350
Verzeichnis der US-amerikanischen Entscheidungen	385
Sachverzeichnis	387

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	7
Inhaltsverzeichnis	15
Abkürzungsverzeichnis	31
Einleitung	38
I. Gegenstand der Untersuchung	38
II. Beschränkung der Untersuchung	39
III. Aufbau und Gliederung der Arbeit	39
Erstes Kapitel	
Einführung und Grundlagen: Die Verwirklichung des Universalitätsprinzips im Internationalen Insolvenzrecht	41
A. Grenzüberschreitende Insolvenzen: Begriffsbestimmungen Regelungsbedürfnis und Regelungsort	41
I. Tatsächlicher und ökonomischer Ausgangspunkt: die zunehmende Zahl und Bedeutung grenzüberschreitender Insolvenzen	41
1. Die Begriffe grenzüberschreitende, internationale und trans- nationale Insolvenz	41
2. Ökonomischer Hintergrund	42
II. Grundlegende Anforderungen an das (Insolvenz-) Recht	44
III. Sedes materiae: das Internationale Insolvenzrecht	44
1. Autonome nationale und internationale Regelungsmöglichkeiten	44
2. Begriff des Insolvenzverfahrens im Internationalen Insolvenzrecht	45
a. Allgemeines	45
b. Begriff des Insolvenzverfahrens im autonomen deutschen Recht	45
B. Das Universalitätsprinzip als Ziel einer zeitgemäßen Regelung grenzüberschreitender Insolvenzfälle	47

I. Die grundlegende Fragestellung nach der Reichweite nationaler Insolvenzverfahren - Territorialitätsprinzip und Universalitätsprinzip	47
1. Die Grundkonzeption der Territorialität (Territorialitätsprinzip)	48
2. Die Grundkonzeption der Universalität (Universalitätsprinzip)	50
II. Territorialität oder Universalität als anzustrebendes Ziel?	51
1. Allgemeine Ablehnung der Territorialität	51
2. Begründung der Universalität aus Sinn und Zweck der Insolvenzverfahren	51
C. Die Problematik der Umsetzung des Universalitätsprinzips	54
I. Erforderliche rechtliche Elemente einer Umsetzung	55
1. Kollisionsrecht und materielles Sachrecht	55
2. Verfahrensrechtliche Anerkennung	56
3. Die internationale Zuständigkeit	58
4. Rechtsfolgen der Anerkennung	58
5. Zusammenfassende Aufzählung der erforderlichen Elemente	60
II. Autonome nationale oder internationale Umsetzung?	61
1. Autonome nationale Regelungsmöglichkeiten	61
a. Regelungen für ausländische Universalinsolvenzverfahren	61
b. Regelungen für den Fall inländischer Universalinsolvenzverfahren	61
2. Vorteile und Schwierigkeiten einer internationalen Regelung	63
3. Erforderlichkeit autonomer nationaler Regelungen	65
III. Die Gestaltungsalternativen: Einheitsprinzip und sekundäre Insolvenzverfahren	67
1. Universalität und Einheitsprinzip	67
2. Umsetzungsalternative sekundäre Insolvenzverfahren	68
3. Die internationale Tendenz zu kontrollierter Universalität und sekundären Insolvenzverfahren	71
a. Traditionelle Partikularverfahren im Zeichen der Universalität	71
b. Neuere Regelungen und Entwürfe im US-amerikanischen, schweizerischen, europäischen und deutschen Recht	71
IV. Zusammenfassung	73

Zweites Kapitel

Die Umsetzung des Universalitätsprinzips im autonomen deutschen Internationalen Insolvenzrecht

74

A. Anwendungsbereich des autonomen deutschen Rechts und international-insolvenzrechtliche Staatsverträge

74

I. Staatsverträge bundesweiter Geltung

74

II. Regionale Abkommen mit Schweizer Kantonen

76

1. Die Übereinkunft zwischen Schweizer Kantonen und Württemberg

77

2. Die Übereinkunft zwischen Schweizer Kantonen und Bayern

79

III. Ergebnis

80

B. Die Gesetzeslage im autonomen deutschen Recht

80

1. Die gegenwärtig gültige Gesetzeslage

80

a. Das Internationale Insolvenzrecht der KO und der VerglO

80

b. Die Regelung des Internationalen Insolvenzrechts in der Gesamtvollstreckungsordnung (GesO)

81

2. Die zukünftige Gesetzeslage: vorläufiger Abschluß der deutschen Reformdiskussion

82

C. Die Umsetzung des Universalitätsprinzips

83

I. Der Universalitätsanspruch der deutschen Insolvenzverfahren

84

1. Konkurs- und Vergleichsverfahren

84

a. Allgemeiner Gerichtsstand des Gemeinschuldners befindet sich im Inland

84

b. Insolvenzverfahren nach § 238 KO

85

2. Verfahren der GesO und der InsO

86

3. Der deutsche Universalitätsanspruch bei ausländischen Parallel-, Partikular- oder Sekundärinsolvenzverfahren

87

a. Faktisches Zurückweichen des Universalitätsanspruchs

87

b. Selbstbeschränkung oder Fortbestehen des Universalitätsanspruchs?

87

II. Die internationale Zuständigkeit zur Eröffnung eines Universalverfahrens

89

III. Die grundsätzliche Bereitschaft, ausländische Insolvenzverfahren anzuerkennen	90
1. Die Anerkennungsbereitschaft unter der Geltung der KO und der VerglO	90
a. Die Abkehr der Rechtsprechung vom Territorialitätsprinzip	90
b. Voraussetzungen für die Anerkennung und Wirkung eines ausländischen Konkursverfahrens	93
aa. Die unstreitigen Voraussetzungen	93
bb. Anerkennungsvoraussetzungen, Anerkennungshindernisse und Anerkennungsschranken	94
cc. Ordre public als Anerkennungshindernis?	95
dd. Das Spannungsverhältnis: inländische Insolvenzverfahren und die Anerkennung von Auslandskonkursen - Inländische Insolvenzverfahren als Anerkennungshindernis?	95
ee. Weitere Anerkennungsvoraussetzungen?	99
c. Die Anerkennung ausländischer Vergleichsverfahren und anderer Insolvenzverfahren	100
d. Die Anerkennung ausländischer Sicherungsmaßnahmen, die vor der Eröffnung des Auslandsverfahrens getroffen werden	102
2. Die Anerkennungsbereitschaft unter der Geltung der GesO und des EGINsO	103
a. Anerkennungsbereitschaft nach § 22 GesO	103
b. Anerkennungsbereitschaft nach Art. 102 EGINsO	104
IV. Wirkungen der Anerkennung eines Auslandsverfahrens und die Position des deutschen Rechts in der Frage der Umsetzung nach dem Einheitsprinzip oder durch sekundäre Verfahren	104
1. Grundsätzliche Berufung der lex fori concursus	105
2. Die Abgrenzung und kollisionsrechtliche Einschränkung des Insolvenzstatuts als Grenze für die Reichweite des ausländischen Insolvenzrechts	107
a. Kollisionsrechtliche Möglichkeiten	107
b. Die Qualifikation einzelner Rechtsfragen in der Rechtsprechung	108
c. Kollisionsregeln in einigen aus inländischer Sicht sensiblen Bereichen	109
aa. Aus- und Absonderung	110
bb. Masseverteilung: Privilegien und Rangfolge der Forderungen	112
cc. Schutz gutgläubiger Dritter, die vom Gemeinschuldner erwerben	113
dd. Schutz gutgläubiger Drittschuldner, die an den Gemeinschuldner leisten	114
ee. Schutz der inländischen Wirtschafts- und Sozialordnung	115
ff. Die Situation bei inländischen Partikular- oder Sonderinsolvenzverfahren	116
3. Umsetzung des Universalitätsprinzips außerhalb des Insolvenzstatuts	116

a.	Das Beispiel der Unterbrechungswirkung nach § 240 ZPO	117
b.	Das Beispiel der Eintragung eines Konkursvermerks in ein inländisches Grundbuch oder Register nach § 113 KO	119
4.	Beschränkungen der ausländischen lex fori concursus durch vorrangige inländische Verfahren	120
a.	Zulassung der Einzelrechtsverfolgung	120
aa.	§ 237 Abs. 1 KO	120
bb.	§ 22 GesO und Art. 102 EGIInsO	123
b.	Inländische Partikularverfahren, § 238 KO	123
aa.	Inhalt und Zweck der Vorschrift	124
bb.	Einstweiliger Rechtsschutz zur Sicherung des Verfahrens nach § 238 KO?	127
cc.	Forderung nach einer Streichung von § 238 KO	129
dd.	Forderung nach einer Ausweitung von § 238 KO	129
c.	Sonderinsolvenzverfahren über das Inlandsvermögen nach § 22 Abs. 2 und 3 GesO und nach Art. 102 Abs. 3 EGIInsO	131
5.	Ergebnis	134
V.	Annäherung an die internationale par condicio creditorum durch die Berücksichtigung der Ergebnisse aus parallelen Verfahren	135
1.	Berücksichtigungsmöglichkeiten	137
a.	Anspruch auf Herausgabe zur Masse	137
b.	Anrechnungen bei der Teilnahme an einem deutschen Insolvenzverfahren	138
aa.	Anrechnung auf die Quote/Dividende	138
bb.	Anrechnung auf die Forderung	139
2.	Die Berücksichtigung einer im Ausland erfolgten Einzelvollstreckung in einem deutschen Insolvenzverfahren mit universellem Wirkungsanspruch	140
a.	Grundfall: Deutsches Konkursverfahren und der im Ausland vollstreckende Gläubiger ist in Deutschland ansässig	140
b.	Erste Variante: Deutsches Vergleichsverfahren	142
c.	Zweite Variante: Der im Ausland vollstreckende Gläubiger ist nicht in Deutschland ansässig	142
3.	Die Berücksichtigung einer im Ausland erfolgten Einzelvollstreckung in inländischen Partikular- oder Sonderinsolvenzverfahren	143
4.	Die Berücksichtigung ausländischer Insolvenzverfahren in inländischen Partikular- oder Sonderinsolvenzverfahren	143
a.	Berücksichtigung im Partikularverfahren nach § 238 KO	143
b.	Berücksichtigung in Sonderinsolvenzverfahren nach § 22 Abs. 2 und 3 GesO oder nach Art. 102 Abs. 3 EGIInsO	145
5.	Auf das ausländische Vermögen des Schuldners beschränkte Insolvenzverfahren und ihre Berücksichtigung in deutschen Universalverfahren	145

6.	Die Berücksichtigung eines ausländischen Universalverfahrens im deutschen Universalverfahren	146
7.	Die Position des deutschen Rechts gegenüber einer Berücksichtigung der Ergebnisse aus deutschen Verfahren in ausländischen Verfahren	147
a.	Einzelvollstreckung nach § 237 Abs. 1 KO	147
b.	Insolvenzverfahren nach § 238 KO, § 22 Abs. 2 und 3 GesO oder Art. 102 Abs. 3 EGIInsO	148
VI.	Regelungen zur Koordination und Kooperation von Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	148
D.	Ergebnis	149
Drittes Kapitel		
Regelungsmodelle für einheitliche Insolvenzverfahren		
A.	Der Deutsch-österreichische Konkursvertrag	151
I.	Die Grundsätze der extraterritorialen Wirkung (Universalität) und Einheit der Verfahren	152
II.	Anwendungsbereich des Vertrags, Anerkennungsvoraussetzungen	152
III.	Beschränkungen der extraterritorialen Wirkung, Einschränkungen bei der Bildung einer einheitlichen Masse	154
1.	Zusätzliche Publizitätsakte der Verfahrenseröffnung und der daran anknüpfende Schutz des guten Glaubens	155
2.	Kompetenz zur Anordnung von Zwangsmaßnahmen zur Erfassung, Sicherung und Inbesitznahme der Masse	156
3.	Insolvenzrechtliche Anfechtung	156
4.	Einfluß der Verfahrenseröffnung auf schwebende Verträge	156
5.	Einfluß der Insolvenz auf Arbeitsverhältnisse	157
6.	Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf Miet- und Pachtverhältnisse	157
7.	Anzuwendendes Recht bei Aus- und Absonderungsrechten und sonstigen besonderen Rechten	157
8.	Maßgebliches Recht für die Frage, ob ein Vermögensgegenstand der Zwangsvollstreckung unterliegt und deshalb zur Insolvenzmasse gehören kann	157
9.	Die Entscheidung über die Eigenschaft einer Forderung als Masse- oder Konkursforderung und über den Rang einer Forderung	158

IV. Auswirkungen des DöKV und DöKVAG auf grenzüberschreitende- Insolvenzfälle, in denen Schuldnervermögen auch in Drittstaaten belegen ist	159
1. Die Anerkennung von Insolvenzverfahren, die in Drittstaaten eröffnet wurden	159
2. Die Besonderheit von § 1 DöKVAG: universeller Wirkungsanspruch für deutsche Partikular- und Sonderinsolvenzverfahren	159
V. Bewertung	160
B. Die gescheiterten Entwürfe für ein EWG-Konkursübereinkommen aus den Jahren 1970, 1980 und 1984	162
I. Die Arbeit an einem EWG-Konkursübereinkommen	162
II. Überblick über Gliederung und Umfang der Entwürfe von 1970, 1980 und 1984	164
III. Das Einheitsprinzip in den Entwürfen von 1970, 1980 und 1984	165
1. Die Grundsätze der Einheit und Universalität	165
2. Ausnahmen von der Einheit und Universalität	166
a. Anwendungsbereich des Übereinkommens	167
b. Widerspruchsverfahren	167
c. Insolvenzverfahren ohne Wirkung im Hoheitsgebiet des Vertrags- staates, in dem sich das Geschäftszentrum des Schuldners befindet	168
d. Handeln des Konkursverwalters	170
e. Einordnung einer Sache als bewegliche oder unbewegliche Sache	171
f. Bekanntmachungspflichten und -möglichkeiten	171
g. Wirkungen des Konkurses gegenüber Dritten	171
h. Wirkungen des Konkurses im Hinblick auf eintragungspflichtige Sachen und Rechte	172
i. Wirkungen des Konkurses auf schwebende Arbeitsverträge, Miet-, Pacht- und Kaufverträge	172
j. Sonderfall: Kaufverträge mit Vereinbarung eines Eigentums- vorbehalts	172
k. "Vorrechte, Sicherheiten und Masseansprüche, die auf einen Geldbetrag gerichtet sind"	174
l. Aufrechnung im Konkurs	176
m. Anfechtungsklagen wegen Rechtshandlungen des Schuldners in der Absicht, seine Gläubiger zu benachteiligen (actio Pauliana)	177
n. Weitere Ausnahmen	177
3. Ergebnis	178

IV. Gründe für das Scheitern	178
1. Das Ausgangsfaktum: die nationalen Rechtsunterschiede	178
2. Position der Entwürfe im Rahmen der grundsätzlichen Handlungsmöglichkeiten	179
3. Rücksicht auf die nationalen Rechtsunterschiede	180
4. Das Ergebnis: zu komplizierte Entwürfe	181
5. Weitere Gründe für das Scheitern	182
Viertes Kapitel	
Regelungsmodelle für Systeme mit sekundären Insolvenzverfahren	185
A. Hilfsverfahren in den USA nach § 304 Bankruptcy Code	186
I. Überblick über das Internationale Insolvenzrecht der USA	186
1. Amerikanische Insolvenzverfahren: Internationale Zuständigkeit/jurisdiction und Reichweite	187
2. Inlandsfolgen ausländischer Insolvenzverfahren	187
a. Zwei Rechtsgrundlagen: Bankruptcy Code und comity	187
b. Extraterritoriale Wirkungen ausländischer Insolvenzverfahren aufgrund der comity-Doktrin	188
aa. Ausgangspunkt	188
bb. Anwendung und Fortentwicklung der comity	189
c. Folgen ausländischer Insolvenzverfahren aufgrund der Regelungen im Bankruptcy Code	191
aa. Anerkennungsvoraussetzungen foreign representative, foreign proceeding	191
bb. § 304 Bankruptcy Code: Cases ancillary to foreign proceedings	192
cc. Paralleles amerikanisches Insolvenzverfahren auf Antrag des ausländischen Insolvenzverwalters, § 303(b) (4) Bankruptcy Code	193
dd. Antrag, die Eröffnung eines amerikanischen Insolvenzverfahrens abzulehnen oder ein solches einzustellen, § 305(a) (2), (b) Bankruptcy Code	195
3. Berücksichtigung der im Ausland erzielten Erlöse in amerikanischen Insolvenzverfahren	195
a. Anrechnung von Erlösen aus ausländischen Insolvenzverfahren bei Teilnahme am amerikanischen Insolvenzverfahren	195
b. Berücksichtigung eines im Ausland durch Einzelvollstreckung erzielten Erlöses	196
aa. Anspruch auf Herausgabe des Erlangten gegenüber Gläubigern, die am amerikanischen Insolvenzverfahren nicht teilnehmen?	196

bb.	Berücksichtigung des Erlangten bei Gläubigern, die am amerikanischen Insolvenzverfahren teilnehmen	197
4.	Charakterisierung des amerikanischen Internationalen Insolvenzrechts, Modellcharakter des amerikanischen Hilfsverfahrens	198
II.	Die Ausgestaltung des Hilfsverfahrens	199
1.	Das Verfahren	199
a.	Die Einleitung des Verfahrens	199
aa.	Anerkennung des ausländischen Insolvenzverfahrens und Anerkennung des ausländischen Verwalters	200
bb.	Jurisdiction, örtliche Zuständigkeit	200
cc.	Anforderungen an den Antrag	201
dd.	Nachricht über die Antragstellung oder Zustellung der Antragsschrift an jede "party in interest"	202
b.	Rechtsstreit über den Antrag auf Durchführung des Hilfsverfahrens	203
aa.	Mögliche Einwände gegen den Antrag	203
bb.	Mündliche Verhandlung über die Einwände	203
c.	Vorsorgliche Hilfsmaßnahmen	204
2.	Die Entscheidung des Gerichts: mögliche Hilfsmaßnahmen und Entscheidungskriterien	205
a.	Mögliche Hilfsmaßnahmen	205
aa.	Einstellung und Untersagung amerikanischer Verfahren gegen den Gemeinschuldner, § 304(b) (1) Bankruptcy Code	206
bb.	Auslieferung des Vermögens an den ausländischen Masseverwalter, § 304(b) (2) Bankruptcy Code	206
cc.	Andere geeignete Hilfsmaßnahmen, § 304(b) (3) Bankruptcy Code	207
b.	Kriterien für die Entscheidung des Gerichts	208
aa.	Gleichbehandlung aller Gläubiger, § 304(c) (1) Bankruptcy Code	210
bb.	Schutz der Gläubiger in den USA vor Nachteilen und Unannehmlichkeiten, die mit einer Prozeßführung im Ausland verbunden wären, § 304(c) (2) Bankruptcy Code	210
cc.	Verhinderung von Gläubigerbegünstigungen und betrügerischen Verfügungen über das Schuldnervermögen, § 304(c) (3) Bankruptcy Code	211
dd.	Verteilung der Masse nach Regeln, die im wesentlichen mit denen des amerikanischen Bankruptcy Code übereinstimmen, § 304(c) (4) Bankruptcy Code	212
ee.	Comity, § 304(c) (5) Bankruptcy Code	213
ff.	Möglichkeit eines Neuanfangs für den Schuldner, sofern zweckmäßig, § 304(c) (6) Bankruptcy Code	214

3.	Zusammenfassende Beurteilung: Das amerikanische Hilfsverfahren als Modell für ein flexibles System mit der Möglichkeit sekundärer Insolvenzverfahren	215
B.	Schweizerisches Hilfsverfahren nach Art. 166 Abs. 1, 167 ff. IPRG	217
I.	Überblick über das autonome schweizerische Internationale Insolvenzrecht	217
1.	Gesetzeslage	217
a.	Autonomes schweizerisches Recht	217
b.	Staatsverträge	218
2.	Schweizerische Konkursverfahren nach dem SchKG	218
3.	Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren	219
4.	Anerkennungsverfahren	220
5.	Anerkennungsvoraussetzungen	221
6.	Wirkungen einer Anerkennung	222
a.	Grundsatz	222
b.	Modifikationen bei allen Insolvenzverfahren	223
c.	Schweizerischer Hilfskonkurs	224
d.	Vorbehalt zugunsten eines Niederlassungskonkurses	225
e.	Wirkung der Anerkennung bei Insolvenzverfahren, die keine Konkursverfahren sind	225
7.	Modellcharakter der Art. 166 ff. IPRG	226
II.	Schweizerischer Hilfskonkurs im Anwendungsbereich der kantonalen Staatsverträge	226
III.	Die besondere Ausgestaltung des Hilfskonkurses	227
1.	Erste Phase: Befriedigung von Forderungen, die nach Art. 172 Abs. 1 IPRG bevorrechtigt sind	227
2.	Zweite Phase: Verwendung eines etwaigen Überschusses	228
3.	Regelungsdefizite	230
C.	Sekundäre Insolvenzverfahren nach dem Istanbul-Abkommen des Europarates	230
I.	Das Istanbul-Abkommen des Europarates im Überblick	230
1.	Regelungsumfang, dualistische Grundstruktur und Aufbau des Abkommens	232
2.	Anwendungsbereich des Abkommens	233
a.	Territorialer Anwendungsbereich	233

b.	Verhältnis zu anderen internationalen Konventionen und zu Regelungen der EG	233
c.	Sachlicher Anwendungsbereich	233
d.	Persönlicher Anwendungsbereich	235
3.	Anerkennungsvoraussetzungen	235
a.	Internationale Zuständigkeit, Art. 3 lit. a, Art. 4	235
b.	Die weiteren Voraussetzungen von Art. 3	237
4.	Die Anrechnungsregel des Art. 5	237
5.	Das Modell des Kapitel II	238
a.	Regelungsbereich, Modellcharakter	238
b.	Anerkennung des Verwalters und seiner Befugnisse	238
c.	Handlungsmöglichkeiten des Verwalters	239
aa.	Zwei Phasen	239
bb.	Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten	240
d.	Leistungen gutgläubiger Dritter	240
6.	Kapitel IV	241
a.	Information der Gläubiger	241
b.	Anmeldung der Forderungen	241
7.	Modellcharakter des Abkommens	242
II.	Die Ausgestaltung der Sekundärinsolvenzverfahren	243
1.	Zulässigkeit der Sekundärinsolvenzverfahren	243
a.	Eröffnetes Hauptinsolvenzverfahren	244
b.	Internationale Zuständigkeit	244
c.	Antrag	245
2.	Durchführung der Sekundärinsolvenzverfahren	245
3.	Regelungen für parallele Insolvenzverfahren, die keine Sekundärverfahren sind	247
D.	Sekundärinsolvenzverfahren im Übereinkommen über Insolvenzverfahren zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EuInsÜ)	247
I.	Das Übereinkommen im Überblick	247
1.	Ziele, Grundstruktur und Aufbau des Übereinkommens	248
2.	Anwendungsbereich	249
3.	Internationale Zuständigkeit	250
a.	Für die Eröffnung von Hauptinsolvenzverfahren	250
b.	Für die Eröffnung von territorial beschränkten Insolvenzverfahren	251
4.	Regelungen zum anwendbaren Recht	251
a.	Grundsatz	251
b.	Besondere Einzelregelungen	251

5.	Die Anerkennung und ihre Wirkungen nach Kapitel II	252
a.	Anerkennungsvoraussetzungen	252
b.	Wirkungen	252
6.	Unterrichtung der Gläubiger und Anmeldung ihrer Forderungen	253
II.	Die Ausgestaltung der Sekundärinsolvenzverfahren	254
1.	Zulässigkeit der Sekundärinsolvenzverfahren	255
2.	Durchführung der Sekundärinsolvenzverfahren	256
a.	Koordination und Kooperation der laufenden Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	256
aa.	Passivmasse der Sekundärinsolvenzverfahren	256
bb.	Rechte und Pflichten der Verwalter	257
cc.	Aussetzung der Liquidation im Sekundärinsolvenzverfahren	257
b.	Beendigung der Sekundärinsolvenzverfahren ohne Liquidation	258
c.	Gegenseitige Berücksichtigung der Verfahrensergebnisse in Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	259
3.	Gerichtliche Sicherungsmaßnahmen vor der Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens	259
III.	Bewertung des Entwurfs	260
E.	Sonderinsolvenzverfahren im deutschen Regierungsentwurf einer Insolvenzordnung (EInsO)	261
I.	Das Internationale Insolvenzrecht der §§ 379-399 EInsO im Überblick	261
1.	Vorarbeiten	261
2.	Gliederung und Regelungsbereiche des Entwurfs	262
3.	Allgemeine Bestimmungen (§§ 379-383 EInsO)	263
4.	Anerkennung und Wirkung ausländischer Insolvenzverfahren	264
a.	Anerkennungsvoraussetzungen	264
b.	Anerkennungswirkungen	264
II.	Die Ausgestaltung des Sonderinsolvenzverfahrens	265
1.	Parallele und isolierte Sonderinsolvenzverfahren	265
2.	Zulässigkeit des Sonderinsolvenzverfahrens	266
3.	Durchführung der Sonderinsolvenzverfahren	266
a.	Regeln für die Durchführung isolierter und paralleler Sonderinsolvenzverfahren	266
b.	Besondere Regeln für die Durchführung eines parallelen Sonderinsolvenzverfahrens	267
aa.	Ausübung von Gläubigerrechten nach § 397 EInsO	267

- bb. Zusammenarbeit der Insolvenzverwalter nach § 398 EInsO 267
- cc. Überschuß bei der Schlußverteilung, § 399 EInsO 268

III. Bewertung des Entwurfs 268

Fünftes Kapitel

Einheitliche Insolvenzverfahren ein Ideal? Das Einheitsprinzip und sekundäre Insolvenzverfahren im Vergleich 270

A. Realisierbarkeit des Einheitsprinzips 271

I. Einheitsprinzip aufgrund autonomer nationaler Regelung? 272

II. Das "idealtypische" Einheitsprinzip 272

- 1. Beschreibung 272
- 2. Vorteile 273
- 3. Realisierbarkeit 273
 - a. Die nationalen Rechtsunterschiede 273
 - b. Kollisionsrechtliche Konsequenzen 274
 - c. Ergebnis 276

III. Das "eingeschränkte" Einheitsprinzip 276

- 1. Gestaltungsmöglichkeiten 277
- 2. Gestaltungsbedarf (erforderliche Einschränkungen) 277
 - a. Kollisionsrechtliche Rücksichtnahme: Möglichkeiten und Grenzen des Kollisionsrechts 278
 - aa. Schutz inländischer Rechte und Rechtsverhältnisse durch das Kollisionsrecht 278
 - bb. Die Problematik der Privilegien- und Verteilungsordnung 280
 - cc. Zusätzliche Probleme, wenn die maßgeblichen nationalen Kollisionsrechte nicht übereinstimmen 281
 - dd. Ergebnis 283
 - b. Unterteilung der Insolvenzmasse 284
- 3. Welche Vorteile des idealtypischen Einheitsprinzips verbleiben? 284
- 4. Ergebnis: Die Realisierbarkeit des eingeschränkten Einheitsprinzips 285

B. Vor- und Nachteile in einem System mit sekundären Insolvenzverfahren 286

I. Sekundäre Insolvenzverfahren aufgrund autonomer nationaler Regelung? 287

II. Nachteile in einem System mit sekundären Insolvenzverfahren	287
1. Notwendigkeit eines förmlichen Anerkennungsverfahrens?	288
2. Vervielfältigung der Kosten?	288
3. Beeinträchtigung der par condicio creditorum?	289
4. Auswirkungen auf Insolvenzverfahren, die keine Liquidation anstreben	290
5. Zwang der Gläubiger zur Teilnahme an mehreren Verfahren	290
6. Prädominanz öffentlich-rechtlicher Forderungen	291
7. Regelungen der Verfahrenskoordination und -kooperation	291
III. Vorteile in einem System mit sekundären Insolvenzverfahren	292
1. Der grundlegende Vorteil: Haftungsverwirklichung nach unterschiedlichen nationalen Regeln	292
2. Weitere Vorteile	294
a. Vorteil lokaler Verwaltungen	294
b. Subsidiaritätsargument	294
c. Schutz "lokaler" Gläubiger?	295
IV. Zusammenfassende Wertung	296
Sechstes Kapitel	
Die Gestaltung eines Systems mit sekundären Insolvenzverfahren: rechtsvergleichende Schlussfolgerungen und eigene Konzeption	299
A. Grundentscheidungen	299
I. Entscheidung für ein Mischsystem mit Einheitsverfahren und sekundären Insolvenzverfahren (Kombinationsmodell)	300
1. Ersatzfunktion: Universalverfahren als Einheitsverfahren, wenn kein Sekundärinsolvenzverfahren beantragt wird	301
2. Eingeschränkte Zulässigkeit von sekundären Insolvenzverfahren nach objektiven Kriterien?	302
a. Das US-amerikanische Modell	303
b. Stellungnahme: Realisierbarkeit des amerikanischen Modells in den kontinental europäischen Rechtsordnungen	304
3. Ergebnis	304
II. Extraterritoriale Wirkungen und verfahrensrechtliche Voraussetzungen beim Kombinationsmodell	305
1. Besonderes Anerkennungsverfahren und unmittelbare Wirkungen des Universalinsolvenzverfahrens	306
a. Die Position der Regelungsmodelle	306
b. Stellungnahme	306

2. Unmittelbare Wirkungen und Hilfsverfahren beim Einheitsverfahren	309
3. Unmittelbare Wirkungen und sekundäre Insolvenzverfahren	310
a. Problembeschreibung: Schutzbedürfnis des Sekundärinsolvenzverfahrens	310
b. Position der Regelungsmodelle	311
c. Möglichkeiten der Problemlösung und Stellungnahme	312
III. Passivmasse des sekundären Insolvenzverfahrens	314
1. Position der Regelungsmodelle	314
2. Stellungnahme	315
IV. Zusammenfassung: Grundstruktur des befürworteten Systems mit sekundären Insolvenzverfahren	319
B. Ausgestaltung der Grundstruktur	320
I. Zulässigkeit des Sekundärinsolvenzverfahrens	321
1. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen im Überblick	321
2. Regelung der internationalen Zuständigkeit und des Antragsrechts	321
a. Position der Regelungsmodelle	321
b. Stellungnahme	323
II. Durchführung des Sekundärinsolvenzverfahrens	326
1. Die Koordination und Kooperation der laufenden Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	326
a. Position der Regelungsmodelle	326
b. Stellungnahme	328
2. Beendigung der Verfahren ohne Liquidation	329
a. Verfahren, die ohne Liquidation beendet werden können	330
b. Kooperation und Koordination der Verfahren, wenn keine Liquidation erfolgen soll	332
aa. Position der Regelungsmodelle	332
bb. Stellungnahme	333
3. Gegenseitige Berücksichtigung der Verfahrensergebnisse in Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	335
a. Verwendung eines Überschusses im sekundären Insolvenzverfahren	336
aa. Herausgabe an das Hauptverfahren nur unter Bedingungen? - die Regelungen im Istanbul-Abkommen und im schweizerischen IPRG	336
bb. Stellungnahme	337
b. Berücksichtigung erzielter Teilerlöse bei Teilnahme an Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren	338

aa. Anrechnungsvorschriften der Regelungsmodelle	340
bb. Stellungnahme	340
III. Gerichtliche Sicherungsmaßnahmen vor der Eröffnung eines Haupt bzw. Universalinsolvenzverfahrens	341
IV. Die Anbindung von isolierten Partikularinsolvenzverfahren	342
C. Ergebnis	344
I. Abschließende Kritik der Regelungsmodelle	344
II. Realisierbarkeit der vorgestellten Konzeption	346
1. Realisierung in einem europäischen Übereinkommen	346
2. Realisierung im autonomen nationalen Recht	347
3. Fazit und Ausblick - insbesondere aus deutscher Sicht	348
Literaturverzeichnis	350
Verzeichnis der US-amerikanischen Entscheidungen	385
Sachverzeichnis	387

Sachverzeichnis

Ancillary proceedings in den USA nach § 304 Bankruptcy Code 71 f.; 192 f.; 199 ff.; 303 f.

Anerkennung 56 ff.

- in den Entwürfen für ein EWG-Konkursübereinkommen 167 f.
- im schweizerischen IIR 219 ff.

Anerkennungsbereitschaft

- Anerkennungsbereitschaft im gegenwärtigen autonomen deutschen IIR 90 ff.
- Anerkennungsbereitschaft im US-amerikanischen Recht 187 ff.

Anerkennung, Wirkungen der

- im gegenwärtigen autonomen deutschen IIR 104 ff.
- aufgrund des DöKV 154 ff.
- im schweizerischen IIR 222 ff.
- aufgrund des EuInsÜ 251 ff.
- aufgrund des EInsO 264 f.

Anerkennungsverfahren siehe Exequaturverfahren

Anerkennungsvoraussetzungen 57; 305 ff.

- im gegenwärtigen autonomen deutschen IIR 93 ff.; 103 f.
- im Anwendungsbereich des DöKV 152 f.
- nach der US-amerikanischen comity 189 ff.
- nach dem US-amerikanischen Bankruptcy Code 191 f.; 200
- im schweizerischen IIR 221 f.
- nach dem Istanbul-Abkommen 235 ff.
- nach dem EuInsÜ 252
- nach dem EInsO 264

Anerkennungszuständigkeit bzw. indirekte Zuständigkeit 58; 221; 235 f.

Anfechtung im Insolvenzverfahren 108; 156; 177; 251

Aufrechnung im Insolvenzverfahren 108; 176 f.; 251

Aus- und Absonderung 110 ff.; 157

Bustamente Code of Private International Law 64

Comitas gentium 53

Comity 53; 187 ff.; 213 f.

Deutsch-niederländischer Anerkennungs- und Vollstreckungsvertrag 75

Deutsch-österreichischer Konkursvertrag (DöKV) 65; 75 f.; 111; 151 ff.

Direkte Zuständigkeit siehe Eröffnungszuständigkeit

Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung (EGInsO) 131 ff.

Einheitsprinzip, Einheitssystem 67 f.

- Regelungsmodell DöKV 151 ff.
- Regelungsmodell Entwürfe für ein EWG-Konkursübereinkommen 165 ff.
- Realisierbarkeit 271 ff.
- idealtypisches 272 ff.
- eingeschränktes 276 ff.

Einzelrechtsverfolgung

- aufgrund § 237 KO 120 ff.
- Anrechnung/Herausgabe von Ergebnissen 140 ff.; 147 f.; 196 f.

EInsO 106; 261 ff.

Eröffnungszuständigkeit 58

(siehe auch internationale Zuständigkeit für Insolvenzverfahren)

Entwürfe für ein EWG-Konkursübereinkommen 65.; 162 ff.

Extraterritorialität der Insolvenzverfahren 50

EuInsÜ 72; 247 ff.

Exequaturverfahren, Exequatur (Anerkennungsverfahren) 57; 100; 167 f.; 220 f.; 252; 264; 288.; 306 ff.; 309 f.

Gegenseitigkeit 63; 99; 189 f.; 214; 222; 305

Grenzüberschreitende Insolvenz, Begriff 41 f.

Grundnorm des IIR 60; 105 f.

Gesamtvollstreckungsordnung 86 f.; 89; 103 f.; 114 f.; 131 ff.

Gutgläubiger Erwerb vom Gemeinschuldner 113 f.; 155

Gutgläubige Leistung Dritter an den Gemeinschuldner 114 f.; 155; 240; 253

Hauptinsolvenzverfahren, Hauptverfahren 69 f.; 249; 254

Hilfsverfahren 70; 309 f.

- in den USA siehe ancillary proceedings
- Schweizerisches Hilfsverfahren nach Art. 166 Abs. 1, 167 ff. IPRG 72; 224; 226 ff.

Indirekte Zuständigkeit siehe Anerkennungszuständigkeit

Insolvenzstatut 60; 105 f.

Insolvenzverfahren

- Begriff im IIR 45 ff.
- Begriff im Istanbul-Abkommen 234 f.
- Begriff im EulnsÜ 249 f.

Insolvenzverwalter siehe Verwalter

Internationale Insolvenz 42

Internationale Zuständigkeit für Insolvenzverfahren 58

- im gegenwärtigen autonomen deutschen Recht 89 f.
- im US-amerikanischen Recht 187
- im EuInsÜ 250 f.

Internationales Insolvenzrecht

- Begriff 44
- der KO und VerglO 80 f.
- in der GesO 81 f.
- im EGIInsO 82 f.

- der USA 186 ff.
- der Schweiz 217 ff.

Istanbul-Abkommen (European Convention on Certain International Aspects of Bankruptcy/Convention européenne sur certains aspects internationaux de la faillite) 72; 230 ff.

Jurisdiction und örtliche Zuständigkeit für ancillary proceedings 200 f.

Kombinationsmodell 271; 300; 305 ff.

Konkurs, Konkursverfahren

- Begriffsbestimmung im autonomen deutschen IIR 47; 101
- Begriffsbestimmung in den Entwürfen für ein EWG-Konkursübereinkommen 164

Konkursstatut 60

(siehe auch Insolvenzstatut)

Konkursverwalter siehe Verwalter

Kontrollierte Universalität 69 ff.; 199; 226; 242; 260

Koordination und Kooperation paralleler Insolvenzverfahren 70; 148 f.; 216; 245 f.; 256 ff.; 291 f.; 326 ff.

Koordination und Kooperation von Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren
siehe Koordination und Kooperation paralleler Insolvenzverfahren

Lex fori concursus 59

Liquidationsverfahren, Begriff im EulnsÜ 254

Masseverteilung 112 f.; 158; 174 ff.; 212 f.; 227 f.; 229; 280 f.; 284

Niederlassung (als Voraussetzung für Partikular- oder Sekundärinsolvenzverfahren) 71; 124; 219; 236; 251; 322 ff.

Ordre Public

- als Anerkennungshindernis 95; 103; 168; 189; 229; 237; 264
- Einschränkung der lex fori concursus 107; 110; 112; 278

Par condicio creditorum (Gläubigergleichbehandlung) 50

Parallelinsolvenzverfahren 247

- Berücksichtigung der Ergebnisse 127; 135 ff.; 195 ff.; 237; 253
- Koordination und Kooperation siehe Koordination und Kooperation paralleler Insolvenzverfahren
- in den USA 191; 193 ff.

Partikularinsolvenzverfahren, Partikularverfahren 62; 71; 116; 143 f., 342 ff.

- nach § 238 KO 85 ff.; 95 ff.; 123 ff.; 143 f.; 148
- nach § 22 Abs. 2 und 3 GesO und Art. 102 Abs. 3 EGIInsO siehe Sonderinsolvenzverfahren
- Niederlassungskonkurs in der Schweiz 219
- siehe auch Hilfsverfahren in der Schweiz

Privilegien, insolvenzrechtliche 119 ff.; 158; 174 ff.

Privilegien- und Verteilungsordnung 280 f.; 284; 292

- siehe auch Masseverteilung

Regierungsentwurf einer Insolvenzordnung siehe EInsO

Reorganisationsverfahren, Anerkennung 100 ff.

Reservfunktion des nationalen Rechts 66

Schutz der inländischen Wirtschafts- und Sozialordnung 115 f.; 279

Schutz inländischer Gläubiger 295 f.; 316

Sekundärinsolvenzverfahren, sekundäre Insolvenzverfahren 68 ff.; 249

- Regelungsmodelle 185 ff.
- Ausgestaltung im Istanbul-Abkommen 243 ff.
- Ausgestaltung im EuInsÜ 254 ff.
- Ausgestaltung im EInsO 265 ff.
- Zulässigkeit 243 ff.; 255 f.; 266; 321 ff.
- Internationale Zuständigkeit 244; 255; 321 ff.
- Durchführung 245 ff.; 256 ff.; 266 ff.; 326 ff.
- Aussetzung der Liquidation (Liquidationssperre, Verwertungsmoratorium) 257 f.; 332 ff.
- Verfahren ohne Liquidation 258; 319; 329 ff.

- Berücksichtigung der Verfahrensergebnisse 237; 253; 259; 263; 268; 292; 335 ff.
- Gerichtliche Sicherungsmaßnahmen 259 f.; 341 f.
- aufgrund autonomer nationaler Regelung 287
- Vorzugsfunktion 293; 315
- Passivmasse 314 ff.

Skandinavische Konkurskonvention 64

Sonderanknüpfungen 60; 107 ff.; 156 ff.

Sonderinsolvenzverfahren 131 ff.; 145; 148; 154; 261 ff.

Staatsverträge im IIR 63 ff.; 74 ff.

- zwischen Schweizer Kantonen und Württemberg 76 ff.; 226 f.
- zwischen Schweizer Kantonen und Bayern 76 f.; 79; 226 f.
- siehe auch Deutsch-österreichischer Konkursvertrag, Istanbul-Abkommen und EuInsÜ
- der Schweiz 76 ff.; 217; 226 f.

Territorialität, Territorialitätsprinzip 47 ff.

- im deutschen Recht 90 ff.
- im schweizerischen Recht 219 f.

Transnationale Insolvenz 42

Übereinkommen über Insolvenzverfahren der EU siehe EuInsÜ

Universalität, Universalitätsprinzip 39, 47 ff.

- Umsetzungsproblematik 54 ff.
- Umsetzung im gegenwärtigen autonomen deutschen Recht 74 ff.; 83 ff.
- Umsetzung in den Entwürfen für ein EWG-Konkursübereinkommen 165 ff.
- Kollisionsrechtliche Universalität 55
- im gegenwärtigen deutschen Recht 92 f.

Universalitätsanspruch 49 ff.; 61 f.

- der deutschen Insolvenzverfahren 84 ff.
- von deutschen Partikular- und Sonderinsolvenzverfahren 85 ff.; 159 f.
- US-amerikanischer Insolvenzverfahren 187
- Schweizerischer Konkursverfahren 218 f.

Universalinsolvenzverfahren, Universalverfahren 51; 61 f.

Unterbrechung von Gerichtsverfahren durch Eröffnung von Insolvenzverfahren 108; 117 ff.

Vergleich, Vergleichsverfahren, Anerkennung 100 ff.

Verteilungsordnung siehe Masseverteilung

Verwalter, Rechte und Befugnisse 108; 170; 238 ff.; 257

Vorläufige Sicherungsmaßnahmen 102 f.

Vorrechte siehe Privilegien

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe Hahn, H.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobniq* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Drobniq, Ulrich*: siehe Dopffel, Peter
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Kannengießer, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopolou, Elisavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe Veelken, Winfried.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliärerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Neměc, Jiří*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Richter, Stefan*: siehe Veelken, Winfried.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Siehr, Kurt*: siehe Dopffel, Peter
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozessrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. *Band 1*. 1981. *Band 4*. – *Band 2*. 1983. *Band 9*. – *Band 3*. 1990. *Band 25*. – *Band 4*. 1990. *Band 26*. – *Band 5*. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Ziegert, K.A.*: siehe Plett, K.

Informationen über die *Beiträge und Materialien zum ausländischen und internationalen Privatrecht* erhalten Sie vom Mohr Siebeck Verlag, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Neueste Informationen im Internet: <http://www.mohr.de>.